



Lebenswert

An die Beschäftigten in Agenturen und Kommunen in Arbeitsgemeinschaften nach § 44b SGB II

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Seit 9 Monaten wird an der Umsetzung des SGB II gearbeitet. Die Beschäftigten der örtlichen Träger und der Agenturen für Arbeit haben einen administrativen Umbau staatlicher Leistungssysteme zu bewältigen, der seinesgleichen sucht.

Einerseits sind die Leistungen für viele Leistungsberechtigten gekürzt worden oder gar gänzlich entfallen, andererseits sind die gesetzlichen Regelungen für die administrative Umsetzung problembeladen, vor allem durch den hohen Zeitdruck

Der Grundsatz des Forderns wird insbesondere auf der Ebene von Sanktionen und Zumutbarkeitsregelungen voll ausgeschöpft und das Fördern bleibt zu oft auf der Strecke. Wie soll vermittelt werden, wenn keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen?

Diese Situation prägt unsere Arbeitsbedingungen auch ein knappes Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes:

- die Enttäuschungen der Leistungsberechtigten werden nicht selten in Verbitterung oder Aggression sichtbar;
- mangelhafte Werkzeuge (Software, Büroausstattungen etc.) erschweren die Arbeit;
- unzureichendes Personal (die Fallzahlen liegen nach wie vor weit über den im Gesetzgebungsverfahren anvisierten von 1:75 bzw. 1:140) bedeutet weitere Arbeitsverdichtung und
- führt gemeinsam mit dem Mangel an Qualifizierungsangeboten zur Überlastung der KollegInnen.

Beschäftigte und Leistungsberechtigte zahlen die Zeche

Das müssen wir ändern!

Um wirksam unsere Interesse nach unbefristeten und sicheren Arbeitsverhältnissen und einer qualifizierten Arbeit unter anständigen Bedingungen vertreten zu können, müssen wir uns stärker organisieren, denn:

Tariffragen sind Machtfragen!

ver.di organisiert die Beschäftigten der Agenturen für Arbeit und der örtlichen Träger. ver.di verhandelt die Tarifverträge, die die Arbeitsbedingungen bestimmen. ver.di hat in dem neuen Tarifvertrag mit der BA eine Angleichung der Vergütungen der BA-Beschäftigten an das Niveau der kommunalen Beschäftigten erreicht.

Aber damit nicht genug!

Gemeinsam müssen wir nun die weiteren Herausforderungen in Angriff nehmen.



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**





Wir brauchen Vertrauensleute und Betriebsgruppen in den Arbeitsgemeinschaften, welche die Probleme vor Ort diskutieren und in eine interessenpolitische Forderung umsetzen.

Die bestehenden Probleme werden sich nur gemeinsam lösen lassen. Über tarifpolitische und politische Lösungsansätze kann eine Absicherung der Beschäftigten und der öffentlichen Institutionen der Grundsicherung gelingen.

Eckpunkte für Forderungen sind vorhanden:

- Wir fordern Arbeitsplatzsicherheit
- Wir brauchen starke Personalräte um die Beschäftigten in Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen wirksam vertreten zu können
- Die Grundsicherung ist eine öffentliche Aufgabe und soll in öffentlicher Trägerschaft erbracht werden. Dies sichert demokratische Kontrolle und politische Verantwortlichkeiten
- Verbesserung der Personalausstattung; (die Fallzahlen aus dem Gesetzgebungsverfahren)
- Qualifizierung der Beschäftigten (für die einzelnen Leistungsbereiche sind in der BA und in den örtlichen Trägern Anforderungen formuliert

worden, für diese Aufgaben müssen Qualifizierungsangebote im notwendigen Umfang gemacht werden)

- Da sich die Problemlagen der Leistungsberechtigten und passende Leistungsangebote nicht in einer Ecke eines Großraumbüros klären lassen, sind auch Bedingungen an die Arbeitsplätze selbst zu stellen, die dem Beratungsauftrag gerecht werden
- Gute Arbeit braucht gute Werkzeuge, im Falle der Grundsicherung ist dies besonders die Software zur Leistungserbringung. Hier sind noch weitere Verbesserungen notwendig
- Die Haushaltsansätze für die Grundsicherung müssen den neuen Zahlen angeglichen werden und weiterhin für Aufstockungen flexibel bleiben. Die Grundsicherung darf nicht aus Haushaltsgründen abgesenkt werden
- Die Grundsicherung muss sich an den Bedarfen der Leistungsberechtigten orientieren und armutsfest sein; Pauschalierungen widersprechen
- Die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel muss überprüft werden (z.B. 1–2 € Jobs) und notwendige Änderungen möglich sein

Impressum: ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - Bundesverwaltung - Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
Verantwortlich: Isolde Kunkel-Weber, Kurt Martin - Gesamtherstellung: Hauer+Ege, 70435 Stuttgart · W-2231-05-1205

Beitrittserklärung

ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr _____

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon _____

E-Mail _____

Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in
 Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.

- Erwerbslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
 Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer im Betrieb _____

Branche _____

ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
 Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschrifteinzugsverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende

- monatlich halbjährlich
 vierteljährlich jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. *(nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

Tarifvertrag _____

Tariff. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

Euro _____

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz
 Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffende Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden.
 Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Werber/in: _____

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____

W-2256-03-0305